

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Geschäft Sonnabends

Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Geschäftsleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 26, Neuer-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Technik und Kapitalismus.

Mit dem Aufkommen des Kapitalismus trat eine Veränderung im technischen Schaffen ein. Der Kapitalismus schuf sich eine Technik, wie er sie brauchte." So lesen wir in einem Buche, in dem sich ein sozialistischer Vertreter mit der Entwicklung der Technik, hauptsächlich von der sozialen Seite gesehen, beschäftigt. Es ist eine weitverbreitete Meinung, daß die Technik unserer Zeit nicht aus der Technik selbst, sondern aus den Bedürfnissen irgendwoher plötzlich in die Welt gekommenen Kapitalismus geboren sei. Eine solche Meinung sollte man der bürgerlich-künsterlichen Wissenschaft überlassen, die ja allzu geneigt ist, sich die Ursachen für den Fortschritt der Menschheitsgeschichte aus irgendwelchen abstrakten, der menschlichen Spekulationen Gelehrsamkeit, aus dem abstraktem „Wollensdunkeleim" oder auch aus dem Willen zu holen. Seitdem es einen Marx gegeben hat, — sprechen wir es ruhig aus — mit einer gewissen Skepsis gegen ethische Anwendungen die Ursachen für die ökonomische Entwicklung in die mit den Händen greifbaren materiellen Wirtschaftsdinge gelegt hat, sollten wir Kapitalismus nicht als ein autonomes Wesen sehen, das sich etwas schaffen kann, sondern wir sollten immer immer seine Gebundenheit an die materiellen Produktionsmittel betonen. Nicht die Technik wurde vom Kapitalismus geschaffen, sondern der Kapitalismus wurde durch die Technik ermöglicht, oder noch schlimmer: der Kapitalismus ist ein Schmarotzer, der aus der Technik seine Nahrung zieht.

Ganz einfache Überlegungen an Hand der Tatsachen der Entwicklung zeigen, daß wir recht haben. Allerdings ist es notwendig, von der künsterlichen Art, Geschichte zu schreiben oder die Geschichte nur als eine Aneinanderreihung von Heldentaten und Kriegsgeschichten zu sehen, die Ursachen des Weltlaufes in irgendwelchen abstrakten Gründen zu suchen, gründlich abzurücken. Man hat schon die Geschichte in den wirklichen Umständen und nicht auf die tieferen Kraftquellen des menschlichen Lebens gesehen. So ist es bemerkenswert, daß die Menschheitsentwicklung in die drei großen Zeitperioden eingeteilt wird: Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit, also in drei Epochen, die nach den Werkzeugen oder besser nach dem Material, aus dem der Mensch seine Werkzeuge herstellte, benannt werden. Für diese ganz große Geschichtseinteilung ist also die Technik die Unterscheidungsmerkmale gewesen. Von den ältesten Menschen wissen wir überhaupt nichts anderes, als daß sie im Laufe von Millionen Jahren Werkzeuge allmählich entwickelten und verbessert haben. Die Beschäftigung hiermit machte aus dem einfachen Menschen von Stufe zu Stufe einen geistig denkenden Menschen. Mit seinen Werkzeugen entwickelte der Mensch sein geistiges Mittelzeug. Die Technik war also die primäre Ursache der geistigen Entwicklung. Es bedurfte einer eingehenden Beweisführung an Hand der Geschichte, da die Technik zu allen Zeiten das primäre gewesen ist, was überhaupt das geistige Leben ermöglicht hat, und wir von den „Hirngespinnstern" spekulativ arbeitender Philosophen (Sophisten) und religiöser Fanatiker absehen. Die Beschäftigung mit technischen Hilfsmitteln und ihre Benutzung hat es in der Geschichte einen Fortschritt auch in der Naturwissenschaft nicht gegeben, die doch die einzige Wissenschaft ist, die nur mit realen Erkenntnissen und Erfahrungen arbeitet, zur Wahrheit zwingt und die Wahrheit führt. Die berühmtesten Wissenschaftler aller Zeiten: Aristoteles, Galilei, Newton, sind erst Physiker, also Gelehrte, die sich mit den mechanischen Dingen (Hegel, Fall, Wurf, Pendel usw.) beschäftigt haben, und wurden dann Philosophen auf Grund der Erkenntnisse an Hand der aus der Technik genommenen Forschungsobjekte.

Was aber für die Wissenschaft gilt, können wir auch auf den Gebieten der menschlichen Kultur feststellen. Die Erfindung des Pfluges führte nicht nur zur Ackerwirtschaft,

sondern auch zum Bodenbesitz, Eigentum, zur Ehe, zur Selbst-eigenschaft und Haberei. Es ist kein Zufall, daß die Griechen in ihrer Göttin Athene, die den Kampf zwischen der Naturgöttin Gaia und dem Gotte des Lichtes Apollo, zwischen der Alleinherrschaft der Natur und dem technischen Geist zugunsten des letzteren entschied, daß sie diese Göttin gleich-gültig als Förderin der Technik und als Hüterin der gesell-

Der Heiland der Welt.

Alldaher, wenn der Tannenbaum
Erfracht zur tausend Weihnachtsfeier,
Erwacht der altersgraue Traum
Vom gottgesandten Weissbrotler.
Und wieder klingt das alte Lied
Von Glück und Liebe, Recht und Frieden,
Und jedes gläubige Gemüt
Verneint, es sei ihm Heil beschieden.

Von dieser frohen Botschaft zehrt
Die Menschheit fast zweitausend Jahre.
Sie hofft, es kommt, was sie ersehnt
Und schleppt noch immer die Kaudare.
Noch immer herrscht die Sklaverei,
Noch immer liegt der Welt in Banden,
Und wider Haß und Melegeschrei
Ist noch kein Heiland aufgestanden.

Noch immer wird das Daseinsrecht
Den Armen mitleidlos beschneit.
Wer knecht ist, heißt es, bleibe Knecht,
Er hat zu dienen und zu bitten.
Noch immer fehlt das liebe Brot
Den Massen, die nichts eigen haben,
Indes die Reichen sonder Not
Sich froh an Wein und Kuchen laben.

Den Heiland, der die Welt versöhnt,
Verkündet eine neue Lehre,
Und seine frohe Botschaft dröhnt
Schon um die Länder und die Meere.
Doch ragt sein Chron im Rebellstand,
Doch flammt sein Stern in fernsten Sphären,
Und bröckelt ihn einst die Arbeitshand,
Wird ihm die ganze Welt gehören!

V. Kalmowski.

schäftlichen Ordnung, der Ehe, der Künste und der Wissenschaften in Ehren gehalten haben.

Auch der Kapitalismus unserer Zeit ist, wie alle Kulturerscheinungen, eine Folgeerscheinung der technischen Entwicklung. Kapitalismus gab es auch schon in früheren Zeiten, wenn wir den von Karl Marx geprägten Begriff „Kapital" zugrunde legen. Als Besitzer der landwirtschaftlichen Produktionsmittel waren auch schon die Fürsten des Mittelalters Großkapitalisten. Bei diesen sehen wir recht deutlich, daß sie die Technik weder geschaffen noch gefördert haben. Ihre landwirtschaftlichen Geräte waren genau dieselben, die bei den Menschen auch schon zu Urzeiten in Verwendung waren. Auch der moderne Kapitalismus schafft keine Technik und fördert sie auch nicht. Es waren nicht Großkapitalisten, sondern vorwiegend einfache Handwerker und Techniker, die wirtschaftlich schwer zu kämpfen hatten, die den Menschen die Technik der Neuzeit gebracht haben. Watt, Vorjig, Krupp, Siemens, Halske haben alle sehr klein, ohne Kapital, angefangen. Nur weil sie gute Techniker waren, wurden sie große Wirtschaftsführer, im Gegensatz zu heute, wo die Wirtschaftsführer lediglich die Verfügung über die Aktien und das Kapital haben.

Nicht der Kapitalismus schuf die Technik, sondern die Technik schuf sich einen riesigen Organismus, einen gewaltigen, lebendigen Körper, auf den sich der Riesepolyp, genannt Kapitalismus, festschlug, wie er ist, lagern und aus dem er mit seinen zahllosen Saugarmen Blut saugen konnte. Der Kapitalismus schafft und fördert die Technik nicht; im Gegenteil, er hemmt den technischen Fortschritt,

seitdem nicht mehr der Techniker Herr der technischen Produktionsmittel ist, sondern der Nur-Kapitalist, ein menschliches Wesen, das niemals etwas von der Kraft, die in der technisch-schöpferischen Tätigkeit steckt, einen Hauch verspürt hat. Selbstverständlich suchten auch technische Köpfe, wie Krupp und Siemens, wirtschaftlich groß zu werden; aber sie suchten diese Größe mehr aus dem Willen nach Macht und Ruhm, als aus Sucht nach Profitten. Sie wurden in erster Linie vom technischen Fortschrittsgeist befeuert. Daß auch sie Kapitalisten wurden, ist eine Folgeerscheinung, das Sekundäre, das Zweite!

Und wenn die Techniker heute dem Kapitalisten mit ihren Erfindungen und Konstruktionen Profite nicht in Aussicht stellen könnten, gäbe es keinen technischen Fortschritt mehr. Die Technik lebt, der technische Fortschrittsgeist ist das ursprünglich Treibende, auch in unserer Zeit. Der Kapitalismus geht nur von diesem Leben, er hat kein Eigenleben. Wäre es geschichtlich möglich gewesen, bereits vor hundert Jahren eine sozialistische Gemeinwirtschaft einzuführen, wir hätten eine viel größere und herrlichere Entwicklung der Technik gehabt. Der Kapitalismus ist eine Last, die die Technik auf ihrem Weg mit herumschleppen muß. Die Techniker beklagen sich bitter darüber, daß ihr Schöpfergeist, ihre Arbeitskraft und ihre Tatkraft durch Einflüsse des Kapitalismus gehemmt werden. Mangelhafter Erfindersinn, Mangel des Urheberrechtes, Behinderung durch kapitalistischen Bürokratismus, Sabotierung technischer Ideen aus kapitalistischem Bürokratismus, Sabotierung technischer Ideen aus kapitalistischen Rentabilitätsgründen, Beschränkung des Konsums durch künstliche Erhöhung der Warenpreise und damit mangelhafte Auswertung der technischen Arbeitskräfte und der Produktionsmittel, Schwächung der Betriebsmittel und der Verbesserungsmöglichkeit des technischen Produktionsapparates durch allzuhohe Zinsgewinne usw. usw. Selbst dem vorwiegend mit gewerkschaftlich-indifferenten Ingenieuren besetzten „Normenausschuß der deutschen Industrie" wird die Sache zu bunt. Er ließ durch seinen Vorsitzenden erklären, daß er „lahme Entschuldigungen nicht mehr dafür gestatten lassen könnte", daß die Industrie, die durch die Normung möglichen technischen Fortschritte weiter sabotiert. Der Normenausschuß beschwert sich über Hemmungen seiner Arbeit durch „Eigennutz, der aus ungeordneten Verhältnissen seinen Profit zieht", über Willkür und Gedankenlosigkeit, über Vereinerlichung auf Kosten des Gesamtwohles."

Nicht der Kapitalismus, sondern die Technik ist die Quelle der schöpferischen und produktiven Kraft unserer Zeit. Die Technik ist es, die Raum und Zeit überwindet und so die Menschen, ihre Wirtschaft, ihre Kultur über die Grenzen hinaus immer mehr ineinander verwachsen läßt. Die Technik, die die modernsten Verkehrsmittel geschaffen hat, gebiert die Kräfte, die zur Völkerverständigung zwingen. Die Technik ist überhaupt die große Ordnerin unseres Lebens und unseres Wirtschaftens. Sie zwingt auch die Kapitalisten zur Überwindung ihrer eigentümlichen Individualität und zur Gemeinschaftsarbeit. Die Technik ist es, die mit der industriellen Betriebsgemeinschaft auch die Gemeinschaftsgeinnung der arbeitenden Menschen hat groß werden lassen und damit den Brüderlichkeitsgedanken früherer Zeiten einen neuen Inhalt gegeben hat. Die Technik hat das Gesicht des schöpferischen und schaffenden Menschen, der Kapitalismus die Frage des Wirtschaftsegoismus der habgierigen Menschen. Beseztiget deshalb das Wort des Philosophen der Technik, Eberhard Jachimmer:

„Reiß die goldene Frage ab, die das göttlich-ernste Antlitz des schaffenden Geistes so lange entstellte hat! Die Arbeit will wieder ein menschliches Gesicht, darin sich die Gottheit spiegelt!" Wenn alle Kräfte zusammenwirken, dann kann und wird die Technik und damit auch die menschliche Arbeit auf eine Stufe gebracht werden können, die ihrer Bedeutung für Volk, Staat und Wirtschaft entspricht. Ing. J. Grüttrup.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

In der letzten Zeit macht sich mehr und mehr die optimistische Auffassung geltend, daß die Wirtschaftskrise ihren tiefsten Stand bereits überschritten habe. Die Konjunkturforschung glaubt, in der vermehrten Ein- und Ausfuhr, in der dadurch bedingten Erhöhung des Güterumschlages, der größeren Flüssigkeit des Geldmarktes und der Steigerung in der Produktion wichtiger Rohstoffe, Maschinen usw., alle Anzeichen einer dauernden, wenn auch nur langsamem Besserung unserer wirtschaftlichen Lage sehen zu dürfen. Im Widerspruch dazu steht allerdings der Mitte November eingetretene Stillstand in der Abnahme des Arbeitslosenheeres das unerkennbar wieder im Steigen begriffen ist. Zumindest in unserm Gewerbe, aber auch in einem Teil anderer Verufe ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit unabweisbar auf das Konto der fortgeschrittenen unangünstigen Jahreszeit zu setzen, und es wird trotz aller Bemühungen voraussichtlich noch längere Zeit dauern, bis das Vorurteil gegen die Ausführung von Malerarbeiten in den Wintermonaten beseitigt und dem Malergewerbe der ausgesprochene Saisoncharakter genommen werden kann. Angesichts davon, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre an und für sich außerordentlich hoch war, ist die Steigerung um 5,7% im November für das Malergewerbe nicht als anormal zu bezeichnen.

Für den Monat November haben 147 Filialen mit insgesamt 41.194 Mitgliedern rechtzeitig berichtet. Von diesen wurden 9.471, das sind 23 vom Hundert der erfassten Mitglieder, gegen 17,8% im Vormonat als arbeitslos gemeldet. Im Vorjahr hatte die Steigerung vom Oktober zum November 9,8 des Hundertsafes der ermittelten Erwerbslosen betragen. Für unsere weiblichen Mitglieder ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 2,1% festgestellt; das ist ein Beweis für die Besserung in der Elektro- und Maschinenindustrie, in denen unsere Kolleginnen fast ausschließlich beschäftigt sind. Nachfolgend lassen wir eine Zusammenstellung über die Entwicklung der beruflichen Arbeitslosigkeit seit dem Beginn des Vorjahres folgen:

Table with 7 columns: Monat, Es berichteten Filialen (1925, 1926), Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats (1925, 1926), Arbeitslose Mitglieder am Schlusse des Monats (1925, 1926), Auf je 100 Mitglieder erfaßte Arbeitslose am Schlusse des Monats (1925, 1926). Rows include months from January to December.

Die Zahl der Kurzarbeiter ging ganz erheblich, von 1557 im Oktober, auf 1070 im November, davon 19 weibliche Mitglieder, oder von 3,8% auf 2,6%, zurück. Auch hierin zeigt sich eine langsame Festigung in der Beschäftigungslage unserer Industrie. Der Verein deutscher Maschinenbauingenieure konnte für November von einer Zunahme der Inlandsaufträge und einer noch erheblicheren Förderung in Auslandsaufträgen berichten. Auch ist in einer ganzen Anzahl anderer Industriebetriebe die vor dem verfallene Arbeitszeit wieder auf 48 Stunden festgesetzt worden; allerdings hat die bessere Beschäftigungsmöglichkeit nur beschränkt zu Neueinstellungen geführt. Die Arbeitszeit war verkürzt: für 508 Beschäftigte bis zu 8 Stunden, für 341 um 9 bis 16 Stunden, für 146 um 17 bis 24 Stunden und für 75 Beschäftigte um mehr als 24 Stunden die Woche.

Mit Bedauern muß immer wieder festgestellt werden, daß einzelne Filialen gar nicht, andere nur unregelmäßig oder zu spät berichten und damit verhindern, daß unsere Erhebungen kein laufend zuverlässiges Bild über die Gesamtlage unseres Berufs ermöglichen. Nicht oder zu spät

haben berichtet vom 1. Bezirk: Elbing, Forst, Landeshut, Landsberg a. d. W., Sagan, Stolp und Weiswasser; vom 2. Bezirk: Friedberg, Robitz und Warburg; vom 3. Bezirk: Emden und Bismarck; vom 4. Bezirk: Bochum, Hamm, Wlrs und Wejel; vom 5. Bezirk: Dessau, Glauchau und Klauen; vom 6. Bezirk: Emmendingen, Lahr, Lindau und Birmanien; und vom 7. Bezirk: Kulmbach.

Der Stichtag für die nächste Erhebung ist Sonntag, 24. Dezember. Die Berichtskarten müssen spätestens am 5. Januar beim Hauptvorstand eingegangen sein.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Nachdem die bisherigen Referentenentwürfe zur Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates fast allgemeiner Ablehnung begegnet waren, ist nunmehr vom Reichswirtschaftsministerium ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet und bereits dem Reichskabinett zur Entscheidung unterbreitet worden. Damit besteht begründete Hoffnung, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat in kürzester Zeit durch den endgültigen abgelöst wird. Auf Grund einer Verordnung vom 4. Mai 1920 geschaffen, zählte dieser anfänglich 326 Mitglieder. Er erwies sich als überflüssig. Auf Grund der bekannten Sparmaßnahmen im Herbst 1923 fielen die Vollversammlungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates völlig aus und die Arbeiten gingen auf drei Hauptausschüsse, den wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Ausschuss über. So besteht heute die anfänglich aus 326 Mitgliedern zusammengesetzte Körperschaft in Wirklichkeit nur noch aus den 110 Mitgliedern der drei Hauptausschüsse.

Der neue Entwurf der Reichsregierung beläßt es im Grunde genommen bei dieser Regelung. Auch das Stärkeverhältnis der einzelnen Berufsgruppenvertretungen entspricht im allgemeinen dem durch die Sparmaßnahmen herbeigeführten Zustand; des weiteren wird die alte Gliederung, Abteilung 1 = Arbeitgeber, Abteilung 2 = Arbeitnehmer und Abteilung 3 = Vertreter der Städte, der Gewerkschaften, der Beamten, der freien Verufe usw., beibehalten. Für die Abteilung 2 (Arbeitnehmer) sind im Entwurf 30 Vertreter vorgesehen. Sie sind gemeinschaftlich vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde, dem Allgemeinen freien Angestelltenbunde, dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften, dem Verband der Deutschen Gewerksvereine und dem Gewerkschaftsbunde der Angestellten zu benennen. Unter ihnen müssen sich in angemessener Zahl Vertreter der Angestellten befinden. Der Entwurf sieht insbesondere unter den Vertretern der Arbeiter 7 Angehörige der Land- und Forstwirtschaft, darunter 2 Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft, und mindestens 1 Vertreter der Heimarbeiter vor.

Neu ist die Bestimmung im Entwurf, daß für einzelne Sitzungen oder Verhandlungsgegenstände nichtständige stimmberechtigte Mitglieder einberufen werden können. Diese Bestimmung dürfte für die Gewerkschaften von Wichtigkeit werden. Die Einberufung von nichtständigen Mitgliedern wird man sehr wahrscheinlich in der Art regeln, daß die einzelnen Abteilungen geeignete Persönlichkeiten vorschlagen. Sie können aber auch einen Verband benennen, der dann eine geeignete Persönlichkeit für die Beratung eines bestimmten Gegenstandes als nichtständiges Mitglied stellt. Den Organisationen wird hier die Möglichkeit geboten, unmittelbar ihre Auffassung über Dinge zur Geltung zu bringen, die ihre Mitglieder unmittelbar betreffen. Außerdem sieht der Entwurf vor, daß die Mitglieder dem Reichswirtschaftsrat für eine Dauer von 6 Jahren angehören. Damit wird den Verbänden Gelegenheit gegeben, ungeeignete Vertreter im Reichswirtschaftsrat zu ersetzen. Darüber hinaus gewährt der Entwurf den Verbänden das Recht, jederzeit den Widerruf der Mitgliedschaft bei der Reichsregierung zu beantragen, wenn der weitere Verbleib eines Vertreters im Reichswirtschaftsrat der Organisation nicht länger zugemutet werden kann.

Wichtiger sind die im Entwurf vorgesehenen Änderungen hinsichtlich der eigentlichen Arbeit des endgültigen Reichswirtschaftsrates. Bisher war der vorläufige Reichswirtschaftsrat in seiner Arbeit stark von den Zuweisungen (Direktiven) der Reichsregierung abhängig. Er konnte wohl Gesetzesvorlagen anregen und diese Anregungen der

Reichsregierung zuleiten. Mehr nicht. Was die Regierung mit den Anregungen des Reichswirtschaftsrates machte, war ihre Sache. Der neue Entwurf überläßt dem Reichswirtschaftsrat das Recht zu, wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzesvorlagen von grundsätzlicher Bedeutung zu beantragen oder entsprechende Maßnahmen anzuregen. Wenn die Reichsregierung diesen Vorschlägen nicht zustimmt, hat sie trotzdem die Vorlage dem Reichstag einzubringen. Damit wird dem Reichswirtschaftsrat das sogenannte Initiativrecht im Umfange gewährt. Außerdem ist die Regierung verpflichtet, entsprechende Gesetzesvorlagen, die im Reichswirtschaftsrat angeregt werden (Initiativgesetzentwürfe), dem Reichswirtschaftsrat gleichzeitig wie dem Reichsrat mitzulegen und die vom Reichswirtschaftsrat erstatteten Gutachten dem Reichstag und dem Reichsrat vorzulegen. Diese Pflicht, die bisher nicht bestand, wird eine wichtige Verbindung zwischen dem Reichswirtschaftsrat und den gesetzgebenden Stellen, dem Reichstag und dem Reichsrat, hergestellt. Sie wird enger gestaltet durch Bestimmungen in dem Entwurf, wonach der Reichswirtschaftsrat seine Gutachten auf Verlangen der Reichsregierung oder der gesetzgebenden Körperschaften dem Reichstag und dem Reichsrat mündlich erläutern und auf Verlangen der Reichsregierung oder der gesetzgebenden Körperschaften dem Reichstag und dem Reichsrat mündlich erläutern und auf Verlangen der Reichsregierung oder der gesetzgebenden Körperschaften dem Reichstag und dem Reichsrat mündlich erläutern und auf Verlangen der Reichsregierung oder der gesetzgebenden Körperschaften dem Reichstag und dem Reichsrat mündlich erläutern.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat wird, als ständige Einrichtung den Ermittlungsausschuss (Enquete-Kommission) bringen. Auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat eine Reihe von Ermittlungen (Enquetes) die veränderten Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft durchgeführt. Der Erfolg ist nicht allzu erfreulich. Das lag aber daran, daß die Ermittlungen infolge der geltenden Bestimmungen völlig unzulänglich durchgeführt werden konnten. Zukunft sind ständige Ermittlungen vorgesehen, und soll der in Frage kommende Ausschuss ständig neu sprechend der ihm anvertrauten Aufgabe, gebildet werden. Daraus wird es möglich, daß verschiedene Ausnahmefälle nebeneinander arbeiten. Im Gegensatz zu der bisherigen Ermittlung des Reichswirtschaftsrates werden sich die Ermittlungen des Reichswirtschaftsrates immer auf ganz bestimmte Gebiete erstrecken. Die Ausschüsse sollen so zusammengesetzt werden, daß drei der Mitglieder von den drei Abteilungen und das gleiche Viertel von der Regierung berufen wird. Der ständige Ausschuss erhält das Recht der eifrigen Untersuchung. Im übrigen sieht der Entwurf den Ausschuss mit Mitgliedern (Interessenten) vor, die mit Reichs-, Familien-, Erwerbs- und Vermögensverhältnissen als Angehörige angesehen werden müssen. Ohne Zweifel der Arbeitererschaft durch den ständigen Ermittlungsausschuss die Möglichkeit gegeben, die Verhältnisse in der Wirtschaft, die mit der starker werdenden Zusammenballung immer undurchsichtiger werden, zu durchleuchten.

Ohne Zweifel gehört der jetzt von der Regierung gearbeitete Entwurf für die Errichtung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates zu den wenigen Gesetzesentwürfen gegenüber dem bisherigen Zustand einen Fortschritt zu stellen. Auch ist zu beobachten, daß es sich hier um sogenannte verfassungserweiternde Gesetz handelt.

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht von der Errichtung des sogenannten Unterbaues ab. So beklagenswerter Verschleppung des im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Aufbaues der Arbeiterräte, Unternebertretungen und Wirtschaftsrate auch ist, so dürfte keinen Mangel in diesem Gesetzesentwurf bedeuten. Zweifel könnte man Arbeiterräte beziehungsweise Wirtschaftsrate leicht schaffen. Eine andere Frage ist es, inwieweit die Arbeitsmöglichkeiten für diese neuen Stellen vorliegen und welche Möglichkeiten vorhanden sind, durch sie sich dem Gedanken der Wirtschaftsdemokratie zu nähern.

Stinkt bringt Günst.

Eine Malerzinnung von G. A.

Im Jahre 1882 hatte ein Malermeister, Inhaber eines der ersten Geschäfte in Breslau, eine große Arbeit in einem alten Grenzort nahe der russischen Grenze übernommen. Der Meister, ein Original vom alten Schlag, mit langem, grauem Bart, war ein alter Achtundvierziger, der feineren Geschmack einen späteren Zeitpunkt bekommen hatte und deshalb auch in seinen späteren Jahren noch nicht gut auf die politischen Redensarten zu sprechen war.

Bei den Eigentümern des alten Meisters herrschte im Grunde ein patriarchalisches Verhältnis. Jeder neue Geselle mußte sich einer Probezeit unterziehen; war diese nicht zur Zufriedenheit des Meisters ausgefallen, so wurde der Geselle mit dem wackelnden Rat, sich beim Lehrgeld zurückziehen zu lassen, wieder fortgeschickt. So waren seine Gesellen, seine „alten Herren“, wie er gern sagte, zuverlässige und leistungsfähige Leute; da jede Arbeit sauber und gewissenhaft ausgeführt wurde und man die heute so beliebte Arbeit nach nicht konnte, brachte er seine gewohnte Lebensweise nicht so leicht aufzugeben. Der Meister hielt sich auf dem Bauhof, und der Rat war, daß für seine Stammgesellen von etwa 20 Mann öfter Arbeitsmangel eintrat. Dann wurden nicht etwa Leute zum Ansetzen oder zur Entlassung gemacht, sondern es wurden wochenlang Beratungen und sonstige unproduktive Arbeiten ausgeführt, Firmen gesucht, die Karten aufgetragen und Schneiderei geprüft usw. Der Lohn betrug zwischen 20 und 30 Mark die Stunde bei vollständiger Arbeitszeit; doch wurden angelegliche Beschwerden vom 20. A. aufwärts, nicht selten weit über

100. A. gegeben. Die bestehenden Fachvereine durften sich wegen der Forderungen des Sozialistengesetzes ungeliebten Angelegenheiten beileide nicht mit Wirtschaft- oder gar politischen Fragen befassen, so pflegten sie Gesang und Vergnügungen. Dennoch konnte die heimliche Werbung für den von Vassalle ins Leben gerufenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nicht unterbrochen werden, und besonders einer unserer Kollegen ist begeistert für die politische Betätigung der Arbeiterschaft eingetreten. Der „Alte“ hatte dagegen nicht nur nichts einzuwenden, sondern hat der Bewegung finanzielle Unterstützung angelehnt lassen. Nach dieser Einleitung zur Schilderung der eigentlichen Begebenheit.

Auf Wunsch des Auftraggebers sollte die Arbeit in dem Schloß nur von verheirateten Gesellen ausgeführt werden, da die Frau Gräfin befürchtete, daß die Maler eine allzu große Anziehungskraft auf ihre Bedienung weiblichen Geschlechts ausüben könnten. So traten wir denn eines Morgens im April mit sechs Mann die Reise in Begleitung des Meisters und eines Beiraters an. Mit wehender Kofferkiste, jeder den breitbräunigen Kalabrejser auf dem unternehmungsartigen Haupt, verließen wir am Bestimmungsort den Zug. Drei Jagdwagen mit je sechs Pferden bespannt, Kurier und Diener in Livree, erwarteten uns, um uns und das recht ansehnliche Materiallager an den Ort unserer ferneren Tätigkeit zu bringen. Im flotten Trab ging es auf gut gepflegten Fahrwegen durch alten Waldbestand, um nach etwa halbtägiger Fahrt auf der Kampe eines großen, mit Türmen flankierten Schlosses Halt zu machen.

Die Herrschaften schienen uns schon erwartet zu haben. Ein Herr und drei Damen fanden vor dem Portal, und nach einer etwas heißen namentlichen Vorstellung — bei der uns besonders die Damen recht eingehend zu mustern schienen — wurden wir dem Diener überlassen, der uns zu Tisch führte,

während der Meister zur Herrschaftstafel zugezogen wurde. Als wir nach dem Essen, das uns übrigens vorzüglich schmeckte, wieder in die Vorhalle zurückkamen, wurden wir von der Frau des Hauses durch sämtliche Räume des weitaus Schloßes geführt, wobei wir alte, aber meisterhaft ausgeführte Malereien zu bewundern Gelegenheit hatten. Dabei gab dem mit der Leitung und Überwachung der Arbeit betrauten Gesellen ihre Wünsche kund. Hierauf wurden wir mit der Befehls entlassen, daß im Gasthaus für unsere Unterkunft gesorgt sei und unsere leiblichen Bedürfnisse sich in der Schloßküche befriedigt würden.

Dorf und Gasthaus lagen vom Schloße getrennt, beide bildeten mit einigen andern Dörfern eine sprachliche Ansiedlung inmitten reinpolnischer Umgebung, dem eingebrachten Gut seiner zweiten Frau hatte der Maler das alte Polenschloß erworben und sein Wappenbild den Millionen der Bankierstochter neu vergoldet. Die Malerin sah ihren Wunsch einer Verbindung mit altem Adel so war allen gelassen. Die junge Gräfin mit einer 17jährigen Tochter aus erster Ehe des Grafen und deren Gesellschaft verfolgten den Fortgang der Arbeiten mit lebhaftem Interesse; sie hielten sich oft stundenlang in unserer Nähe. Wir hatten es bald herausgefunden, daß ein überaus netter Adelsdünkel die größte Schwäche der sonst recht angenehmen Dame des Hauses war. Der Anrede „Frau Gräfin“ konnte sie nicht widerstehen und dieser Vorliebe für klingende Titulaturen hat sie einen nicht geringen Teil ihrer sehr guten Anlagen ihres hochgeborenen Gatten zuweilen geopfert. Eine Zeitlang hatte sie es besonders auf ihren Kollegen Bartel abgesehen. Dieser war im Besitz einer schönen Baritonstimme und in den Wintermonaten als Chorist am Stadttheater tätig. Alle andern Kollegen waren aktive Mitglieder des Gesangsvereins „Lufas“. So schmeichelten wir

Kan hat in den Jahren, in denen die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten auf die Erfüllung des Artikels 166 der Reichsverfassung, den Ausbau des sogenannten Unterbaues, waren, eine Reihe von durchaus untauglichen Vorschlägen gemacht. So dachte man an die Erhebung von Arbeitnehmervertretungen und ihre Verbindung mit den Industrie- und Handwerkskammern der Unternehmer durch paritätisch (zu gleichen Teilen) besetzte Ausschüsse. Dieser Vorschlag ist gerade von den Gewerkschaften abgelehnt worden. Mit gutem Grund. Im Lande, in dem einzelnen Wirtschaftszweigen liegt die Entscheidung über Wirtschaftsfragen bei den bereits bestehenden öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen für Industrie und Handel, Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie. Hier sind die Entscheidungen über Angelegenheiten, die gerade die Arbeiter, Angestellten- und Beamtenchaft als wichtige Mitglieder unserer Wirtschaft stark betreffen. Soll ein Einfluß dieser wichtigen Glieder auf die Wirtschaftsfragen ermöglicht werden, so ist die Arbeitnehmerchaft in diese bestehenden öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen einzuschließen. Es gibt keinen andern Weg, den Einfluß der Arbeitnehmer sicherzustellen. Die Voraussetzung für einen wirklichen Unterbau, für eine wirkliche Durchführung demokratischer Gedanken in der Wirtschaft führt eben über die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften, Handwerks- und Gewerbelammern sowie Wirtschaftskammern. Jeder andere Unterbau hat keinen Sinn. Die Arbeiterschaft muß auf einer paritätischen Vertretung in den Berufsvertretungen bestehen. Der Weg führt über eine Aenderung der gegenwärtigen Regelung in einzelnen Ländern, die zweckmäßig durch Reichsgesetz vorzunehmen ist. Dieses Gesetz wird das nächste Ziel in der Erfüllung des Artikels 166 der Reichsverfassung sein.

Was unsern Beruf

Erste Erfolge in der Arbeitsbeschaffung und bei der Bekämpfung von Mißständen im Malergewerbe in Hessen und Hessen-Nassau.

Unsere Bemühungen, für die Wintermonate vermehrte Arbeitsbeschaffung zu beschaffen, um so die schwierige Lage der Berufscollegen erleichtern zu helfen, haben schon zu recht beachtlichen Erfolgen geführt. So hat sich jetzt die Stadtverwaltung Frankfurt a. M. nach wiederholten Vorstellungen durch die beiderseitigen Verhandlungsvertreter vereinigt, während der nächsten Wochen für 200 000 M. Maler- und Weißbinderarbeiten ausführen zu lassen. Die Vergabe der Arbeiten erfolgte nach den Vorschlägen der beiderseitigen Organisationsvertreter an 68 Firmen. Jede Firma ist verpflichtet, vier erworbene Gehilfen durch Verbilligung des Arbeitsamtes einzustellen und diese während der ganzen Dauer der Arbeitsausführung zu beschäftigen. Hierdurch wird es möglich, etwa 200 arbeitslose Kollegen für die Dauer von etwa 8 Wochen in Arbeit zu bringen. Auch die Bemühungen bei sonstigen Behörden und Körperchaften lassen einen Erfolg erhoffen. Jedenfalls haben diese Kreise bei den stattgefundenen Besprechungen Verständnis für unsere Forderungen bekundet. Selbst wenn ein Erfolg auch nicht überall sofort in Erscheinung tritt, so wird zweifellos doch eine günstige Wirkung zur Belebung des Gewerbes ausgeübt werden. In der vergangenen Woche hat auf Veranlassung unseres Bezirksleiters, Kollegen Aukh, und in Gegenwart der Herren Gahn, Offenbach, vom Landesverband der Arbeitgeber, und Puhn, Darmstadt, sowie unseres Kollegen Hütsch eine eingehende Besprechung mit Vertretern der hessischen Regierung stattgefunden. Auch in diesem Falle wurde unsern Bestrebungen Unterstützung zugesagt. Die hessischen Bauämter sowie die Kreisämter und andere Behörden sollen durch ein Schreiben der Regierung aufgefordert werden, in Aussicht genommene Maler- und Weißbinderarbeiten nach Möglichkeit selbst vornehmen zu lassen. Außerdem will die Regierung selbst beratende Arbeiten in Angriff nehmen und die notwendigen Mittel hierfür bei der Finanzdeputation des hessischen Landtages beantragen. Ähnliche Erklärungen wurden auch von den Post- und Eisenbahndirektionen abgegeben. Damit darf es jedoch nicht sein Bewenden haben, sondern die Filial- und Stellenverwaltungen müssen ebenfalls gemeinsam mit den Vertretern der Arbeitgeber

auch bei den unteren Behörden auf die Durchführung der angeordneten Maßnahmen drängen, damit die Versprechungen der Zentralstellen schnellstens in die Praxis umgesetzt werden. Gelegentlich der Besprechungen mit den Behörden wurde noch besonders auf die sonstigen Mißstände im Gewerbe — insbesondere auf die Preisunterbietungen — hingewiesen und die Einführung der Reichsverbinderungsordnung sowie die Zuziehung von Sachverständigen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen bei Vergabe von Arbeitsaufträgen gefordert, wie es in § 7 der allgemeinen Bestimmungen vorgesehen ist. Die Einführung der Reichsverbinderungsordnung wurde überall in Aussicht gestellt. Ebenso ist von der hessischen Regierung die Einhaltung der tariflichen Arbeitsbedingungen bei staatlichen Arbeitsaufträgen ausdrücklich angeordnet worden. Wir bringen nachfolgend einen Auszug aus einer Verfügung des hessischen Finanzministeriums und ersuchen unsere hessischen Kollegen, etwaige Verstöße hiergegen ohne Verzug an die Filialverwaltungen zu melden, damit sofort eingegriffen werden kann.

Auszug aus der Verfügung des Finanzministeriums, Abteilung Bauwesen, zu Nr. 20844, betreffend das Verbindungswesen:

„Es sind nur solche Bewerber zu berücksichtigen, die für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Handwerkern und Arbeitern die erforderliche Sicherheit bieten. Bewerber, von denen der ausschreibenden Behörde bekannt ist, daß sie ihren Beitragspflichten bei der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung nicht nachzukommen pflegen, gegenüber ihren Arbeitern und Angestellten die gesetzlichen und gewerbepolizeilichen Vorschriften nicht innehalten oder ihren Arbeitern und Angestellten die tarifmäßigen Arbeitsbedingungen nicht gewähren, sind von der Zuschlagserteilung auszuschließen.“

Bei tatkräftiger und beharrlicher Mitarbeit aller unserer Berufscollegen, insbesondere aber unserer Filial- und Stellenverwaltungen, wird es möglich sein, die vorhandenen Mißstände im Berufe erfolgreich zu bekämpfen. Zugleich durch Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten die Lage aller Berufsangehörigen zu bessern, muß unsere dringendste Gegenwartsaufgabe sein.

Baugewerblches

Unternehmerkotage. In Nr. 48 unseres Blattes haben wir über die Verhandlungen der beiderseitigen Organisationen über den Neuabschluss eines Reichstarifs für das deutsche Baugewerbe berichtet, die zwar noch nicht zu einem greifbaren Ergebnis führten, aber beiderseits eine Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen auf einer gemeinsamen Basisform annehmen ließen. Wie nunmehr bekannt wird, hat der „Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe“ kurz vor dem Stattfinden der Verhandlungen ein streng vertrauliches Rundschreiben an seine Mitglieder ergangen lassen, in dem die Unternehmervertreter angewiesen werden, „namentlich bezüglich der Arbeitszeit jedes Entgegenkommen abzulehnen“. Die Bauunternehmer befürchten, daß sich „gröbliche Zurückhaltung“ im dem augenblicklichen Kampf um die Arbeitszeit außerordentlich schädlich für die Belange des gesamten Arbeitgebertums auswirken müßten. Auch hinsichtlich der Auslösung bei auswärtigen Arbeiten wird „größte Zurückhaltung“ empfohlen. Besonders gram sind die Herren vom Bau aber dem spärlichen Arbeitsurlaub, der im vorigen Tarifvertrag auf drei Tage festgesetzt war; denn „Ferienbestimmungen dürfen künftig überhaupt nicht mehr in den Tarifvertrag aufgenommen werden.“

Man erzählt auf diesem Wege, daß das Rundschreiben auf „streng vertrauliche grundsätzliche Richtlinien der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände für alle künftigen Tarifverhandlungen“ zurückzuführen ist. Aber die Baugewaltigen scheinen von der Ueberzeugungskraft ihrer Argumente doch nicht recht überzeugt zu sein; denn eine Stelle ihrer „streng vertraulichen“ Mitteilung besagt: „Auf keinen Fall dürfen die Gewerkschaften erfahren... da dies allgemein und auch für unsere eigenen Tarifverhandlungen sehr schädlich sein könnte.“ Wir wissen nicht, ob das Schamgefühl über die eigene Hinterhältigkeit den leitenden Personen des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Baugewerbe

diesen Zusatz diktiert hat, oder ob sie nur ihre zu den Verhandlungen entsandten Unterhändler vor dem Obium bewahren wollten; daß diese von den „unabänderlichen Voraussetzungen“ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände abhängig sind und sich nur nach außen das soziale Mäntelchen der Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Tarifvertrages umhängen durften. Denn darüber werden sich unterdessen auch die maßgebenden Personen im Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe klar geworden sein, daß ohne eine Regelung der Arbeitszeit, der Lehrlings- und Ferienfragen die erwünschte Sicherung des Wirtschaftsfriedens für 1927 nicht zu erreichen ist.

Im Hinblick auf die Machenschaften hinter den Kulissen der zentralen Kommission wiederholen wir, was wir am Schluß unseres Berichtes über die letzten Verhandlungen geschrieben haben: „Je mehr die deutschen Bauarbeiter ihre Organisationen stärken, um so nachhaltiger wird der Druck sein, den die baugewerblichen Verbände bei den kommenden Verhandlungen hinter ihre Forderungen setzen können.“ Dieser Druck wird auch die allervertraulichsten Rundschreiben zu nichte machen.

Gewerkschaftliches

Errichtung eines internationalen Berufsekretariats der Lehrer. Am 27. und 28. November fand in Brüssel eine zweite Sitzung von Vertretern von Lehrerorganisationen verschiedener Länder statt, die durch ihre Landeszentrale dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind. Es waren vertreten: Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg. Es wurde die definitive Errichtung eines internationalen Berufsekretariats für Lehrer beschlossen. Gleichzeitig wurde der vom vorbereitenden Komitee entworfene Statutenentwurf mit geringen Aenderungen angenommen. Die Statuten sehen vor, daß jede angeschlossene Organisation einen Vertreter in den Generalrat ernennen kann. Bis diese Anweisung erfolgt ist, wird ein aus folgenden Personen zusammengesetztes Komitee die laufenden Geschäfte erledigen: Thijssen (Holland), Sekretär, Posthumus (Holland) und Bebaillif (Frankreich).

Zur Schaffung der Einheitsfront zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten haben die unterzeichneten Spitzenorganisationen die nachstehende Rundgebung erlassen:

Was die deutsche Beamtenchaft!

Das soziale Ringen der Besitzenden und der Besitzlosen hat sich in den letzten Monaten außerordentlich verschärft. Immer deutlicher zeigt sich, daß alle aus dem Krieg entstandenen Lasten auf die breiten Schichten der Beamten, Angestellten, Arbeiter und der sonstigen werktätigen Kreise unseres Volkes abgewälzt werden sollen.

Die Nationalisierung der Betriebe ist begleitet von Lohnruhr und Verlängerung der Arbeitszeit; sie hat nicht etwa zur Verbilligung der Preise, sondern lediglich zur Erhöhung der Gewinnquoten der Unternehmungen geführt.

Diehebung der sozialen Lage der Beamten, Angestellten und Arbeiter wird in dieser Zeit mehr als je davon abhängig sein, daß die drei großen Gruppen der Arbeitnehmer ihre gemeinsamen Konsumenteninteressen erkennen und in geschlossener Front für eine Aenderung der deutschen Wirtschaftspolitik eintreten. Die Nationalisierung der Industrie und die damit verbundene gesteigerte Produktion darf nicht zur Bereicherung einzelner Großkapitalisten führen, sondern sie muß eine sichtbare Preissteigerung, eine Steigerung des Absatzes und damit auch die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in die Betriebe zur Folge haben.

Auch für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten kann es nicht nur darauf ankommen, ihre Nominalgehälter zu erhöhen; auch sie bedürfen in erster Linie einer Hebung ihrer Kaufkraft. Bei der Ueberwindung der europäischen Wirtschaftskrise geht es darum, Produktionskraft und Absatzmöglichkeit wieder in Einklang miteinander zu bringen.

Hier läßt sich die allgemeine Lohnfrage der Arbeiter und Angestellten nicht trennen von dem Besoldungsproblem der Beamten. Niedrighaltung der Löhne und Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, sozialer Druck in den Privatbetrieben lösen auch für die Beamtenchaft dieselben

em abgedeckten Gerüst Vieh um Vieh und Kollege Bartel ang mit vielem Gefühl die Klage „Ach, wie so trügerisch und Weiberherzen“. Den Schluß hatte das weibliche Trio mit dem Gerüst mit lautem Beifall gelohnt. Aber der Aufreder, vor dem Angeficht der kunstliebenden Zuhörerinnen zu erscheinen, wagten wir doch nicht so recht zu folgen und der Solosänger entschuldigte unsere Weigerung mit der Verbindung, daß die Arbeit unter keinen Umständen unterbrochen werden dürfe. Nach kurzer Zeit — wir legten Goldgrund an — brachte uns der Diener Wilhelm eine Flasche Wein mit Gläsern und essliche Zigarren. Daß wir unsern Kant in ein kräftiges Goch auf die Spenderinnen und besonders auf die „Frau Gräfin“ ausstingen ließen, hat uns auch in Zukunft noch manche Extraverzünstigung eingebracht. Der Kollege Mez war Witwer und unter Verschleierung dieser Tatsache als verheiratet mit eingeschmuggelt worden. Er war der Sohn eines Möbelstücker und dem „Alten“ durch seine Kunst im Holz- und Marmorarbeiten besonders ans Herz gewachsen. Eines Tages sah die Gräfin dem knochen Wachsen eines knorrigen Kufbaummasers zu. Der freundlich vorgebrachten Bitte des Holzmalers — bei der schon Monate dauernden Anwesenheit durfte er sich eine so kleine Vertraulichkeit schon erlauben — das Gesicht dem Nichte zuzuwenden, kam die Dame gern nach, und mit einigen kunstvollen Strichen waren die jugendlichen Gesichtszüge in einer Holzpartie berewigt. Als Gegenstück wurde in die andere Türöffnung das Kontorfei der jungen Comtesse aufgenommen, was das helle Entzücken der Damen auslöste. Neben der Imitation edler Holzger wurden auch andere Qualitätsarbeiten ausgeführt. In Seidenglanzschliff hergestellte Türen mit reichlicher Vergoldung gaben den Staats- und Gesellschaftsräumen eine vornehme Ruhe. Bei dem beiden dekorativen Schmuck hat Mez dem jungen Kollegen

Franz manche Anregung zu den oft wertvollen Malereien gegeben. Den besonderen Beifall der jungen Gräfin erregte ein schändelndes Schwabenpaar, das dem in allen Variationen zum Schmelz von Duden, Wänden oder Türen, ja selbst von Möbeln herhalten mußte.

Die fortwährenden und sich nicht selten wiederholenden Wünsche der verwöhnten Frau waren dem Fortschritt der Arbeit nicht gerade förderlich gewesen. Als die Herrschaften auf einige Zeit verzerrten wollten, äußerten sie den Wunsch, noch mehr Arbeitskräfte heranzuziehen. Schon nach wenigen Tagen trafen noch 4 Kollegen ein, darunter ein Akademiker. Letzterer erhielt Wohnung im Schloß. Sie waren alle noch ledig, zwei hatten erst vor kurzem ausgetraut, und der letzte, ein großer starker Mensch von etwa 30 Jahren, war erst für diese Arbeit eingestellt worden.

Nun die Herrschaft das Feld geräumt hatte, wurde das Leben im Schloß etwas ungewohnter. Bald wurde auch das weibliche Personal auf und erzögte sich herzhaf über unsere heitere Unterhaltung der den Nachzügen. So wurde die Schen gebrochen und die Gefahr, um denentwillen die Frau Gräfin nur verheiratete Weder im Schloß haben wollte, war in greifbare Nähe gerückt. Unser Witwer, Kollege Mez, hatte bei der Köchin ein Geben im Feuer und beide schienen es darauf angelegt zu haben, ein Paar werden zu wollen. Die andern Mädchen — verheiratete Polinnen — waren bei- leide nicht spröde, so daß es nach den alten feststehenden Naturgesetzen der Liebe zu einer Annäherung kommen mußte. Besonders hatten es zwei junge Mädchen unsern neu hinzugekommenen Kollegen angetan. Letzter eines deutschen Ansiedlers aus der Umgebung, waren sie sonst mit persönlichen Dienstleistungen bei der Herrschaft betraut. Beide hatten eine bessere Ausbildung genossen und waren von Herzen froh, durch etwas freieren Verkehr mit den ledere-

lustigen Malerleuten etwas Abwechslung in ihrer Abgeschlossenheit zu erleben. Und als gar jedem der Mädchen ein wohlgeklungenes Kontorfei mit einer schmeichelhaften Widmung überreicht wurde, konnten sie dem Lusttum auf ihr jungfräuliches Herz trotz anezogener Schwächernheit nicht länger widerstehen. „Kunst bringt Kunst.“ So haben die Mädchen ihr Herz und die Frau Gräfin ihre beiden Josen mit dem Köchin an die Maler abtreten müssen.

Aber die hochedlen Besitzer des alten Polenschloßes sollten für den unvorhergesehenen Verlust ihrer dienstbaren Geister durch das Auffinden Jahrhundert alter Freskomalereien entschädigt werden. Die große Vorhalle und der Speiseaal befanden sich im ältesten Teil des Schlosses, der mit seinen zwei Meier biden Mauern derzeit der Abwehr mongolischer Räuberherden gebient haben mag. Bei den Vorarbeiten stellte sich heraus, daß die Wände eine Holzverblendung hatten, die erst später eingekieset und mit einer dünnen Kupfschicht überzogen war. Da sich die Verbindungsstüde an einigen Stellen gelöst hatten, mußte die Verkleidung zum Teil entfernt werden, wobei wertvolle Gemälde zutage gefördert wurden. Unter der Schichtung eines anerkennens Anstrichs war eine Malerei an der Wand festzustellen georbeter worden. Es ist aber geräusch, der plötzliche Anbruch an farbenprächtiger mittelalterlicher Bemalung wieder herzustellen und das mag der abschließenden Kunstschöpfung ein linderndes Scherz für den Verlust ihrer Mädchen gewesen sein. Nach Fertigstellung der ganzen Arbeit wurde unter Beschäftigung aller Schlossbedienten eine kleine Feier angesetzt, bei der die Verlobung der drei Paare bekannt gegeben wurde. Während es bei der Herrschaft erst lange Geduldet gab, herrschte auf Seite der Bedienten ungeheure Freude und die neu verlobten Kollegen setzen es durch ihre drei Gebete gleich aus dem alten Schloße mitzunehmen.

unsozialen Wirkungen aus. Massenarbeitslosigkeit und Personalabbau stehen in unmittelbarer Wechselwirkung. Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Bewegung der Beamten hat deshalb zur Voraussetzung, daß sie befähigt ist, sich gemeinsam mit den organisierten Arbeitern und Angestellten den großkapitalistischen Kuppelherren unserer heutigen sozialen Not entgegenzustellen.

Die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann verhindern, daß der Staat ein einseitiges Machtinstrument in den Händen der Industriellen und Großgrundbesitzer wird. Sie sichert die Deutsche Republik, in der allein ein freibewirtschaftetes Berufsbeamtenamt gedeihen kann. Sie erstrebt eine Wirtschaft, in der das gemeinwirtschaftliche Interesse stets dem Profitinteresse des einzelnen vorangeht.

Darum, Beamte, fort mit alten Vorurteilen: Steine in die freie Beamten-Gewerkschaftsbewegung! Arbeitet mit an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Volkes!

Berlin, den 1. Dezember 1926.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund: Falkenberg, Kobur.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Leipz.

Allgem. freier Angestelltenbund: Aufhäuser, Stähr, Urban.

Sozialpolitisches

Die Lebensunterhaltungskosten steigen. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts hat sich die Lebenshaltungskostenindex für die Lebenshaltungskosten im Durchschnitt des Monats November auf 143,6 erhöht. Im Oktober stand der Lebensindex für die Lebenshaltungskosten auf 142,2. Gestiegen sind hauptsächlich die Ausgaben für Ernährung. Damit haben die Lebenshaltungskosten seit September 1925 im Monat November den höchsten Stand erreicht. Der Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts betrug im Monat November im Durchschnitt 131,6. Gegenüber dem Durchschnitt im Oktober ergibt sich eine Steigerung von 1,1 %. Angezogen hat der Gruppenindex der Agrarprodukte, während die Ziffern der Industrieprodukte leicht nachgegeben haben. — Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat zur Folge, daß die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten ihr ohnehin knapp bemessenes Einkommen noch raffinierter einteilen müssen, um wenigstens sich ihre Arbeitskraft zu erhalten. Ueber das Glend in den Familien kann auch die himmlische Freudenbotschaft mit dem nun seit 2000 Jahren angekündigten, aber immer noch unerreichten „Frieden auf Erden“ nicht hinwegtäuschen und die Erreichung dieses erstrebenswerten Zieles wird der sich selbst befreienden, Klassenbewußten Arbeiterschaft vorbehalten bleiben.

Kann man Grundrente wachsen sehen? Zu dieser durch den Ausbau des Mittelstandes sehr dringend gewordenen Frage veröffentlicht der Bund Deutscher Bodenzurformer seine einstimmig beschlossenen Eingaben an die Reichsregierung, den Deutschen Reichstag, die Staatsregierungen und die Volkswirtschaften in Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt. Durch diese Eingaben werden die für die Gesetzgebung verantwortlichen Stellen darauf aufmerksam gemacht, daß der in Aussicht genommene Ausbau der für die Wirtschaft so wichtigen Wasserstraßen, wie die Vervollständigung des Mittelstandkanals, die Preise der anliegenden Grundstücke außerordentlich rasch ansteigt. In der Tat werden infolge dieser bedeutenden Leistung des Staates die Bodenpreise längs den Kanälen so sprunghaft emporschnellen, daß man von einem sich abzeichnenden Wachsen der Grundrente reden darf. Das Volk hat aber einen durch Artikel 156 der Reichsverfassung feierlich verkündeten Anspruch darauf, daß diese Gewinne nicht dem privaten Bodenbesitzer, der weder durch seine Arbeit noch durch eine Kapitalaufwendung zu ihrer Entstehung beigetragen hat, sondern dem Staat gehören. Die Eingabe des Bundes Deutscher Bodenzurformer weist darauf hin, daß durch eine sinnigere Ausdehnung des Reichsgesetzes über die Enteignung von Grundeigentum und über die Beitragsleistung bei der Kanalierung des Neckars und des Rheins sowie zum Ausbau der Donau vom 3. August 1920 auf alle gegenwärtigen und zukünftig zu errichtenden Kanalbauten auch in diesem Falle dem Staat, dem Volk, gesichert werden könnte, was des Staates ist. Von den Landesregierungen wird gefordert, daß bis zum Erlaß eines solchen Reichsgesetzes durch Landesgesetz der unberechtigten Bereicherung privater Kanalwärtiger vorgebeugt werde. Wie wir hören, erwartet das Reichsverkehrsministerium einen erheblichen Widerstand der Länder gegen solch ein Gesetz, der sich vor allem darauf berufen könnte, daß die dem Reiche nach Artikel 97 Absatz 5 der Reichsverfassung zustehende Enteignungsbefugnis sich auf den Bereich der Reichswasserstraßen selbst und ihre Nebenanlagen beschränkt, also nicht auf anliegende Terrains erstreckt. Diese Widerstände müssen unter allen Umständen überwunden werden. So ist doch, um nur eins zu sagen, besondere Regelung der Vertzuwachsesener an Grund und Boden von Reiche wegen möglich. Es ist zu erwarten, daß sich für diese Aufgabe die parlamentarischen Vertreter aller der Volksmassen zusammenschließen werden, die von der steuerlichen Belastung der realen Arbeit am schwersten bedrückt sind und denen durch die Besteuerung des unbedienten Vertzuwachses am Grund und Boden eine Entlastung bereitet werden kann. Die Nummer 49 der „Bodenreform“ wird auf Wunsch von der Geschäftsstelle der Bodenreform, Berlin NW. 87, Lessingstraße 11, unentgeltlich zugestellt.

Das Kapital für den Wohnungsbau. Vor dem Kriege wurden jährlich etwa 1 1/2 Milliarden Mark für den Wohnungsbau verwendet. Die jüngst erschienene verdienstvolle Untersuchung des „Instituts für Konjunkturforschung“ stellt fest, daß die seit der Stabilisierung dem Wohnungsbau zugeföhrte wurden, zusammen, woraus sich ergibt, daß in den ersten Jahren der Stabilisierung (bis Ende September 1926) zu diesem Zweck 2769 Millionen Mark verwendet wurden. Eine Eingangsrechnung der nicht auf dem Kreditwege beschafften Eigenkapitalien der Bauherren, die aber nicht

Monatsschrift
„Fachblatt der Maler“
Vorzugliche, geblogene Ausstattung
Farbige Tafeln - Illustrationen
Skizzen-Vorlagen
Aufsätze über berufliche und kunstgewerbliche Fragen
Hamburg 36
Alster-Straße 10
Belegungen nehmen alle Filialverwaltungen unseres Verbandes entgegen.

schwer in die Waagschale fallen dürften. Trotz der ungeheuren Vermehrung des Wohnungsbedarfs und trotz der erhöhten Baukosten wurden demnach seit der Stabilisierung dem Wohnungsbau viel geringere Kapitalien, auf das Jahr gerechnet, zugeföhrt als vor dem Kriege. Gänzlich verändert hat sich die Art der Aufbringung der Kapitalien für den Wohnungsbau. Vor dem Kriege waren es die Hypothekenbanken, private Versicherungsunternehmen und die Sparkassen, die Wohnbauförderungen, durchschnittlich in der Höhe von 1,2 Milliarden im Jahr, gaben, dazu kamen etwa 800 Millionen Mark von privaten Kapitalisten. Die seit der Stabilisierung für Wohnbau verwendeten Summen kammten beinahe zu zwei Dritteln, mit 1638 Millionen, aus Steuermitteln, das heißt aus dem Ertrag der Hauszinssteuer. Der verbleibende Rest wurde ebenfalls zum größten Teil aus öffentlichen Mitteln bestritten, darunter waren verschiedene Darlehen und Zuschüsse des Reiches im Betrage von 156 Millionen, der Länder im Betrage von 231 Millionen, der Reichspost und Reichsbahn mit 132 Millionen. Der Anteil der Hypothekenbanken an Wohnbauförderungen ist auf 126 Millionen zusammengeschrumpft, der der Versicherungsanstalten auf 90 Millionen, wobei auch die Sozialversicherungsanstalten beteiligt waren. Verhältnismäßig stark, mit 256 Millionen Mark, haben sich die Sparkassen seit der Stabilisierung an den Wohnbauförderungen beteiligt. Allerdings hatten diese vor dem Kriege dem Wohnungsbau jährlich mehr als eine halbe Milliarde zugeföhrt.

Berichtliches

Die Giftigkeit der Bronze als gewerbliches Gift wurde durch einen eigenartigen Berufsunfall, dem eine Tängerin des Berliner Wintergartens ihr junges Leben zum Opfer bringen mußte, erneut in Erinnerung gebracht. Die Sucht eines zahlreichen Varietékabarets nach nervenaufpeitschenden Vorführungen — und drohende Erwerbslosigkeit — zwingt das Volk der Artisten, nicht nur zu lebensgefährlichen Attraktionen der beschiedensten Art, sondern nicht selten auch zu sonstigen sehr gewagten Darbietungen. Die Tängerin war auf den unglücklichen Gedanken verfallen, Bronzeplastiken darzustellen und hat sich den Körper allabendlich mit einer Bronze enthaltenden Tinktur bestrichen. Dabei hatte sie eine ganz geringfügige Hautverletzung im Gesicht nicht beachtet. Die feinen Bronze-Teilchen führten durch Oxydation zur Grünspanbildung, die eine Blutvergiftung und nach wenigen Tagen den Tod des bedauernswerten Mädchens zur Folge hatte. — Der Vorfall sollte unsern Kollegen eine ernste Mahnung sein, bei der Verarbeitung von Bronze auf alle Fälle größte Vorsicht walten zu lassen. Auch die unscheinbarsten Wunden ermöglichen dem Gift den Zutritt in den Körper, wo es seine verheerenden Wirkungen beginnen kann. Die Gefahr ist bei Bronze auch deshalb besonders groß, weil das schnelle Trocknen der gebrauchlichen Bronzeginituren einer gründlichen Reinigung großen Widerstand entgegensetzt. So können auch nachträgliche Verletzungen noch zu Vergiftungserscheinungen führen.

Fachliteratur

„Die farbige Stadt“, Zeitschrift des Bundes zur Förderung der Farbe im Stadtbild, Hamburg, Spitalerstraße 11: Buchen-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 61. Die Zeitschrift „Die farbige Stadt“ kommt einer lebhaften Forderung der Zeit nach und will dabei, über jene hinausgehend, der Zukunft dienen. Hier kann nur gemeinsame Arbeit aller Fachkreise und der Väter helfen, denn die Farbe im Stadtbild ist eine Angelegenheit des Volkes. So faßt die Zeitschrift das Problem in seiner Gesamtheit und dient allen. Der Maler findet Belehrungen und wird gleich dem Architekten auf die Notwendigkeit des Ausgleichs künstlerischer, handwerklicher und technischer Einstellung gewiesen. Die Technik der Farbe im Stadtbild wird in Verbindung gebracht mit künstlerischen und wirtschaftlichen Belangen und das technische Problem damit vertieft. Außerdem wird die Frage der Statute und Richtlinien wie der Wettbewerbe hier erörtert. Die Zeitschrift vermittelt zwischen den Anschauungen

des Beamten und der freien Berufe. Die Bedeutung künstlerischen Entwurfs für die Farbenbewegung wird betont. Die Fäden einer verlorenen Überlieferung sind aufgegriffen und die historischen Erkenntnisse mit den Bedürfnissen der Gegenwart in Einklang gebracht worden. Die Bewegung des Heimatschutzes ist als eine verwandte erkannt worden, und endlich greift der Begriff der Farbe im Stadtbild über in das Gebiet der Reform und des Brauchgraphen. Vor allem aber wendet sich die neue Zeitschrift an den großen Kreis der Hausbesitzer, die in ihrem eigenen Interesse technisch und geschmacklich zu belehren sind über die Bedeutung des Hausanstrichs als eines wirtschaftlichen Erhaltungsmittels von künstlerischer Bedeutung. Es ist zu wünschen, daß „Die farbige Stadt“ in alle Kreise gelangen möge, denen sie wertvolles bietet. Ihr neuerartiger Charakter verdient die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit.

Literarisches

Nationalisierung und Wirtschaftspolitik in der Kulturbewegung von der Branderburger Bewegung für die Kulturbewegung. Verbindung mit der literarisch-kunstlichen Abteilung des Bundes der Sachverständigen Deutschlands, Hamburg, den 1. November 1926. Eine übersichtliche Darstellung der Entwicklung der für die deutsche Kulturbewegung so überaus wichtigen Nationalbewegung und ein erstes Mahnwort an die Arbeiterschaft, die in übertriebener Nationalisierung und Profitstreben der Kulturbewegung und gleichzeitigen Schwächung der Volkswirtschaft nur durch reiflichen Zusammenschluß in der Organisation entgegenwirken kann.

Neue Menschen. Von Max Adler. Zweite vermehrte Auflage. Schriftenreihe Neue Menschen. Berlin W. 30. G. S. S. Verlagsgesellschaft G. m. b. H. Das vor etwa zwei Jahren erstmals erschienene Buch des bekannten sozialistischen Theoretikers Professor Max Adler gilt noch heute unbestritten als marxistische Synthese der vielfachen Bemühungen, aber die Erziehung ins Neue zu kommen. Der Verfasser bezieht nicht nur Anregungen für den praktischen Gebrauch, sondern ein brauchbares Fundament für eine neue, sozialistische Erziehung. Im Gegensatz zu der bürgerlichen Pädagogik bewirkt Adler die sogenannte Neutralität und verlangt keine Revolutionierung der Gefühle und Anschauungsweise in ihrem marxistischen Geiste, um die neuen Menschen zu erziehen. Die Welt der Zukunft entscheidend zu beeinflussen. Die erste Auflage war bald vergriffen. Der vorliegenden zweiten Auflage ist ein umfangreiches Kapitel über „Die Aufgaben der Jugend unserer Zeit“ angefügt.

Max Adler: Der Marxismus als proletarische Weltanschauung. 2. Auflage. G. S. S. Verlagsgesellschaft G. m. b. H. Berlin W. 30. In dieser zweiten Schrift demonstriert Adler den Sozialismus als Ausdruck lebendiger Wirklichkeit und umreißt ihn als eine Weltanschauung. Darin liegt der Reiz dieser einzigartigen Schrift, die nicht nur den feindsüchtigen Darstellungen marxistischer Theorien gebort. Auch diese Schrift ist von Adler gründlich durchgesehen und vom Verlag in zeitgemäßer Ausstattung in Neuauflage herausgebracht.

Deutsche Republik. Betrachtung und Bedeutung zum 10. von Weizsäcker. Von Karl W. G. G. Schriften der Zeit, Berlin W. 30. Die Reichs-Rache, Berlin. Proleten 80 J. Das Buch des bekannten Arbeiterführers ist mehr als ein Dokument, es beweist die sozialistische Weltanschauung und den Aufbau des neuen Deutschlands zu einer Republik der Arbeit und des Sozialismus. Der den Verfasser großer Mißverständnisse der Grundgedanken unseres Arbeiter-Mary jeden Tag vergehen nicht, daß die junge Generation auf Grund ihrer Kenntnisse in einem anderen Verhältnis zu Marx steht, als die Älteren für diese neuen Bedingungen ist das vorliegende Schriftstück höchst charakteristisch, es verdient aus diesem Grunde eine volle Beachtung. Das Buch ist durch jede gute Buchhandlung, Buchdruckerei oder direkt vom Verlag G. S. S. Dies W. 30. Berlin SW. 61, Lindenstr. 3, zu beziehen.

„Das neue Licht“ ist das aktuellste politische Blatt der Republik. Es kostet pro Nummer 25 J. In beziehen durch alle Buchhandlungen und Buchverlagen oder direkt vom Verlag G. S. S. Dies W. 30. Berlin SW. 61, Lindenstr. 3. Man verlange „Das neue Licht“ an allen Zeitungskiosken!

Die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ bringt allwöchentlich eine Fülle von reich illustrierten Aufsätzen aus allen Gebieten des Wissens und der Politik; auch der Unterhaltungsteil kommt nicht zu kurz. Besonderer Wert ist auf vorbildlich gute Bildausstattung gelegt. Dieses illustrierte Blatt ist besonders geeignet, gerade den Kreisen zu wirken, die für die politische Tageszeitung wenig zugänglich sind. Nr. 39 ist soeben erschienen. Jede Nummer 25 J. In beziehen durch alle Buchhandlungen und Buchverlagen. Man verlange die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ an allen Zeitungskiosken!

Storbettel.

Frankfurt am Main. (Zahlst. G. S. S. 100) Am 25. November starb unser langjähriger Zahlst. kassierer, der Kollege Peter Müller im Alter von 49 Jahren infolge Schlaganfalls; Mitglied seit 1898 — (Zahlst. G. S. S. 100). Am 27. November starb unser langjähriger, treues Mitglied, der Kollege H. August Klöß im Alter von 64 Jahren; Mitglied seit 1898. Am 3. Dezember starb an einem alten Kräfteleiden unser Kollege Arnold Dorf, geb. am 27. März 1864. Kiel. Durch Ertrinken fand unser langjähriges Mitglied, Johannsen den Tod. Köln am Rhein. Am 30. November starb unser Kollege Peter Rohs im Alter von 50 Jahren an einem Kräfteleiden, das er sich im Weltkrieg zugezogen hatte. Ehre ihrem Andenken!

Vom 12. bis 18. Dezember ist die 50. Beitragsversammlung.

Unser neuester Bücher-Katalog
Maler-Bücherei
in 8farbigem, künstlerisch ausgestatteten Umschlag ist erschienen und allgemein verhandt worden. Sollte der Katalog irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir, ihn durch Postkarte von uns zu verlangen.
Jüstel & Ostel / Leipzig C. 1
Grillenstraße 21a
Zentralstelle für Malerliteratur